

134/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P r o b s t , W i n k l e r , S p i e l b ü c h l e r ,
B u t t i n g e r , L a c k n e r und Genossen
an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Rückstellungsverhandlungen von Habsburg-Vermögen.

-.-.-.-.-

In der letzten Zeit wird die Bevölkerung durch Meldungen über Hingabe
von Staatsbesitz an die Familie Habsburg stark beunruhigt; umso mehr, als weder
der Herr Bundeskanzler als Vorsitzender der Bundesregierung noch der für Ver-
mögensfragen des Staates zuständige Finanzminister sich dazu geäußert haben.
Andererseits ist den anfragenden Abgeordneten bekannt, dass weder in der Bundes-
regierung, noch im Koalitionsausschuss Verhandlungen über die Auslieferung von
Staatsvermögen an die Habsburger geführt werden.

Es ist begreiflich, dass angesichts der Notlage hunderttausender Rentner,
politisch Verfolgter, Opfer des Krieges und der Nachkriegsereignisse, aber auch
angesichts der Proklamierung eines Notstandes im Kultursektor, deren Hehebung
immer wieder mit dem Hinweis auf mangelnde Mittel des Staates abgelehnt wird,
eine geplante Preisgabe von hunderten Millionen Staatsbesitz an die Familie
Habsburg alarmierend und aufreizend wirkt.

Es richten daher die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler
und an den Herrn Bundesminister für Finanzen ^{die} nachstehende

A n f r a g e :

Werden tatsächlich mit Vertrauenspersonen der Familie Habsburg Verhandlungen
über eine Auslieferung von Staatsvermögen geführt, wenn ja, durch welche Personen
und in wessen Auftrag?

-.-.-.-.-